

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/5215 –**

Nahrungsmittelversorgung sicherstellen – Selbstversorgungsgrad in Deutschland und Europa erhalten

A. Problem

Die Fraktion der CDU/CSU bittet den Deutschen Bundestag festzustellen, dass die Auswirkungen der Coronavirus-Krise sowie die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine vielen Menschen vor Augen geführt haben, dass eine ausreichende Versorgung mit vielfältigen Lebensmitteln nicht selbstverständlich ist. Die Antragsteller erklären, dass durch strenge nationale und europäische Auflagen, Flächenstilllegungen oder den Verzicht auf neue Technologien Rahmenbedingungen gesetzt werden, die dafür sorgen, dass landwirtschaftliche Produktion und Erträge in Deutschland und Europa zurückgehen werden. Damit einhergehend und infolge der nicht mehr abwendbaren Folgen des Klimawandels könnten nach Auffassung der Fraktion der CDU/CSU neue und stärkere Importabhängigkeiten bei der Nahrungsmittelversorgung drohen, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, sich dafür einzusetzen, dass der Green Deal der Europäischen Union (EU) neu gedacht wird. Die Ziele des Green Deals müssen weiterhin erreicht werden, aber im landwirtschaftlichen Bereich müssen die Fragen der Ernährungs- und Versorgungssicherheit sowie der Resilienz der Ernährungssysteme bei der Zielerreichung deutlich in den Vordergrund gerückt werden. Insbesondere pauschale Zielvorgaben hinsichtlich der Reduktion bei der Düngung oder beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sind zu streichen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/5215 abzulehnen.

Berlin, den 8. November 2023

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Hermann Färber
Vorsitzender

Sylvia Lehmann
Berichterstatterin

Albert Stegemann
Berichterstatter

Karl Bär
Berichterstatter

Dr. Gero Clemens Hocker
Berichterstatter

Bernd Schattner
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Sylvia Lehmann, Albert Stegemann, Karl Bär, Dr. Gero Clemens Hocker, Bernd Schattner und Ina Latendorf

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 78. Sitzung am 18. Januar 2023 den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf **Drucksache 20/5215** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der CDU/CSU bittet den Deutschen Bundestag festzustellen, dass die Auswirkungen der Coronavirus-Krise sowie die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine vielen Menschen vor Augen geführt haben, dass eine ausreichende Versorgung mit vielfältigen Lebensmitteln nicht selbstverständlich ist. Es wurde den Antragsteller zufolge deutlich, wie wichtig es ist, sich nicht in eine komplette Abhängigkeit einzelner Drittstaaten zu geben. Vielmehr gilt es nach Darstellung der Fraktion der CDU/CSU dafür zu sorgen, dass Deutschland und die Europäische Union (EU) sich so weit wie möglich selbständig mit Nahrungsmitteln versorgen bzw. auf vielfältige Lieferketten und Handelspartner setzen können. Dies gilt es nach Ansicht der Antragsteller bei allen relevanten politischen Entscheidungen sicherzustellen.

Die Fraktion der CDU/CSU macht mit Verweis auf Angaben des Bundesinformationszentrums Landwirtschaft (BZL) darauf aufmerksam, dass in den vergangenen Jahren der Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln in Deutschland insgesamt im Durchschnitt bei rund 80 Prozent gelegen hat, wobei zwischen den einzelnen Nahrungsmitteln sehr hohe Unterschiede zu verzeichnen sind. Die Antragsteller legen dar, dass im Jahr 2020 der Bedarf an Obst (nur) zu 20 Prozent aus heimischer Erzeugung gedeckt werden konnte, wogegen der Selbstversorgungsgrad bei Kartoffeln 145 Prozent betragen hat. Der hohe Selbstversorgungsgrad bei landwirtschaftlichen Produkten in Deutschland und Europa ist in den Worten der Fraktion der CDU/CSU kein Naturgesetz. Die Antragsteller führen aus, dass aufgrund des trockenen Sommers 2022 nach Schätzungen der Kommission der EU die Getreideernte der EU um fast acht Prozent unter dem Vorjahresergebnis und unter dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre liegt.

Im Süden Europas können nach Aussage der Antragsteller bereits heute deutlich rückläufige Niederschlagsmengen, niedrigere Grundwasserstände und geringere Ernteerträge als vor wenigen Jahrzehnten gesehen werden. Dabei ist der Mittelmeerraum nach Darstellung der Fraktion der CDU/CSU für die Versorgungssicherheit in Europa, etwa bei Obst und Gemüse, von zentraler Bedeutung. Mittlerweile gibt es laut der Antragsteller erste Anzeichen, dass es in Bereichen, in denen Deutschland stets eine ausreichende landwirtschaftliche Erzeugung hatte, bald zu Mangelsituationen kommen könnte. So droht nach Darstellung der Fraktion der CDU/CSU mit Verweis auf einen Homepage-Artikel einer landwirtschaftlichen Fachzeitschrift bzw. auf Angaben des Verbandes der Fleischwirtschaft u. a. bei Schweine- und Rindfleisch der Selbstversorgungsgrad auf unter 100 Prozent zu sinken.

Die Antragsteller erklären, dass durch strenge nationale und europäische Auflagen, Flächenstilllegungen oder den Verzicht auf neue Technologien Rahmenbedingungen gesetzt werden, die dafür sorgen, dass landwirtschaftliche Produktion und Erträge in Deutschland und Europa zurückgehen werden. Damit einhergehend und infolge der nicht mehr abwendbaren Folgen des Klimawandels könnten nach Auffassung der Fraktion der CDU/CSU neue und stärkere Importabhängigkeiten bei der Nahrungsmittelversorgung drohen, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird.

Mit dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. sich dafür einzusetzen, dass der Green Deal der EU neu gedacht wird. Die Ziele des Green Deals (müssen) weiterhin erreicht werden, aber im landwirtschaftlichen Bereich müssen die Fragen der Ernährungs- und Versorgungssicherheit sowie der Resilienz der Ernährungssysteme bei der Zielerreichung deutlich in den Vordergrund gerückt werden. Insbesondere pauschale Zielvorgaben hinsichtlich der Reduktion bei der Düngung oder beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sind zu streichen. Reduktionsziele müssen immer auf wissenschaftlicher Grundlage verbunden mit einer umfassenden Folgenabschätzung für die Ernährungs- und Versorgungssicherheit definiert werden;
2. sich dafür einzusetzen, dass es beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nicht zu einem generellen Verbot in den sog. sensiblen Gebieten kommt, wie es die Kommission der EU in ihrem ursprünglichen Vorschlag über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln vorsieht;
3. den Umbau der Nutztierhaltung auf Grundlage der Empfehlungen des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung („Borchert-Kommission“) unverzüglich anzugehen und die langfristige Finanzierung sicherzustellen;
4. auf eine zeitnahe Novellierung des europäischen Gentechnikrechtes hinzuwirken und in diesem Rahmen einen innovationsfreundlichen europäischen Rechtsrahmen für neue Züchtungsmethoden zu schaffen;
5. zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Bewältigung der nicht mehr abwendbaren Folgen des Klimawandels und zum Schutz der Biodiversität keine ideologiegetriebene Politik weiter zu verfolgen, sondern einer wissenschaftsorientierten Agrar- und Ernährungspolitik endlich Vorrang zu geben. Hierzu gehört unter anderem die Möglichkeit, Landwirtinnen und Landwirten mithilfe sogenannter Neuer genomischer Techniken (NGT) Werkzeuge und Mittel an die Hand zu geben, um ressourcenschonend und effizient zu wirtschaften.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 59. Sitzung am 8. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/5215 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat in seiner 53. Sitzung am 8. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/5215 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 59. Sitzung am 8. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/5215 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 45. Sitzung am 8. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/5215 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 51. Sitzung am 8. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/5215 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Öffentliche Anhörung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat in seiner 34. Sitzung am 17. April 2023 zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/5215 eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Dazu wurden acht Sachverständige eingeladen, denen die Möglichkeit einer schriftlichen Stellungnahme zu der Vorlage anheimgestellt worden ist. Sieben Sachverständige haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und der Veröffentlichung ihrer Stellungnahme jeweils zugestimmt. Die dem Ausschuss übermittelten schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen sind als Ausschussdrucksachen 20(10)66-A, 20(10)66-B, 20(10)66-C, 20(10)66-D, 20(10)66-E, 20(10)66-F und 20(10)66-G erschienen.

Folgende Einzelsachverständige sowie Interessenvertreter und Institutionen („Verbandssachverständige“) hatten Gelegenheit zur Stellungnahme in der öffentlichen Anhörung:

Einzelsachverständige

- Bösel, Benedikt (eingeladen auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Fuchs, Dr. Richard (eingeladen auf Vorschlag der Fraktion der CDU/CSU)
- Henning, Prof. Dr. Christian (eingeladen auf Vorschlag der Fraktion der CDU/CSU)
- Pezda, Kerstin (eingeladen auf Vorschlag der Fraktion der AfD)
- Strohschneider, Prof. Dr. Peter (eingeladen auf Vorschlag der Fraktion der SPD)

Interessenvertretungen und Institutionen

- Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e. V. (eingeladen auf Vorschlag der Fraktion der SPD)
- Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V. (eingeladen auf Vorschlag der Fraktion der FDP)
- Zentralverband Gartenbau e. V. (eingeladen auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE.)

Die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung vom 17. April 2023 sind in die Beratungen des Ausschusses eingegangen. Die für die Öffentlichkeit freigegebenen schriftlichen Stellungnahmen der geladenen Sachverständigen, das Wortprotokoll der öffentlichen Anhörung und der Videomitschnitt des Parlamentsfernsehens von der Anhörung sind der Öffentlichkeit über die Webseite des Deutschen Bundestages (www.bundestag.de) zugänglich.

2. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/5215 in seiner 48. Sitzung am 8. November 2023 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** merkte an, die Fraktion der CDU/CSU bringe in regelmäßigen Abständen Anträge in das Parlament ein, die sich inhaltlich sehr ähnelten, so dass die Motivation sinke, über sie zu diskutieren, weil die Argumente dafür und dagegen immer dieselben seien. Dadurch werde sich im Kreis gedreht und in der Sache nicht weitergekommen. Die Fraktion der CDU/CSU spreche in ihrem Antrag auf Drucksache 20/5215 davon, dass der von der Europäischen Union (EU) verfolgte Green Deal neu gedacht werden müsse. Aus Sicht der Fraktion der SPD müsse dieser nicht nur neu gedacht werden, sondern beherzt umgesetzt werden. Dafür seien bekanntlich unter der vormaligen BMn Julia Klöckner (BMEL), mit der sog. Borchert-Kommission und mit der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL), die Grundsteine gelegt worden. Daher sei es unverständlich, dass die Fraktion der CDU/CSU heute mit ihren Anträgen inhaltlich wieder in die Zeit davor zurück wolle. Genau das, wofür unter der unionsgeführten Bundesregierung mit den erwähnten beiden Kommissionen zur Landwirtschaft der Grundstein gelegt worden sei, setze die neue Bundesregierung Schritt für Schritt, so wie es möglich sei, um. In der Debatte um den Green Deal werde sich schon viel weiter befunden, als es die Fraktion der CDU/CSU wahrnehme. Es gebe bereits viele Landwirte, die sich auf dem Weg zur Umsetzung des Green Deal begeben hätten. Sie erwarteten daher von der Politik, dass sie bei diesem Weg bleibe. Der Deutsche Bauernverband (DBV) sei in seiner Argumentation völlig anders aufgestellt als die Fraktion der CDU/CSU. Dieser bringe sich mit konstruktiven

Vorschlägen in die Debatte ein. Die Anträge der Fraktion der CDU/CSU seien nach hinten gewandt. Die Fraktion der CDU/CSU wolle zurück zum „Anfang“. Den werde es aber nicht geben. In Bezug auf den Entwurf einer Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln der EU (SUR) seien die Positionen und die Argumente zwischen den Fraktionen mehrmals intensiv ausgetauscht worden. Sie ähnelten sich in vielen Punkten. BM Cem Özdemir (BMEL) vertrete in dieser Sache entschieden die Position Deutschlands gegenüber der EU. Die Berichterstatterin der Fraktion der SPD hätte jüngst auf einem Parlamentarischen Abend der Landschaftsverbände vernommen, dass die SUR „auf Halde“ liege bzw. derzeit nicht weiter auf EU-Ebene behandelt werde, was ein unerträglicher Zustand für die Landwirte sei. Mit Sicherheit und Perspektive hätte das wenig zu tun. Die Frage sei, wie es diesbezüglich auf EU-Ebene weitergehe. Beim staatlichen Tierhaltungslabel bzw. beim Tierwohl sei die Koalition aus den Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP ebenfalls „zugange“. Mit der Tierhaltungskennzeichnung bei Schweinen sei begonnen worden. Andere Nutztierbereiche würden bald mit eingebunden. Es werde sich damit insgesamt auf einem gutem und richtigem Weg befinden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, wenn sich in Bezug auf den Selbstversorgungsgrad Deutschlands den öffentlich diskutierten Zahlen wissenschaftlich genähert werde, werde schnell festgestellt, dass Deutschland einen Selbstversorgungsgrad von durchschnittlich gerade einmal 80 Prozent habe. Es gebe zwar ein gewisses Maß an Agrarexporten, aber es existiere ein noch höheres Maß an Agrarimporten. Auch bei Lebensmitteln mit einem statistischen Selbstversorgungsgrad von über 100 Prozent – wie etwa bei einigen tierischen Erzeugnissen – bestehe ein Importbedarf. Bei Milch liege der Selbstversorgungsgrad nur noch leicht über 100 Prozent, aber bei ihr gebe es inzwischen Analysen von der DMK Deutsches Milchkontor GmbH sowie anderen großen Konzernen, die sich mit der Milchwirtschaft beschäftigten, die davon ausgingen, dass bis zum Jahre 2030 30 Prozentpunkte an Milch in Norddeutschland fehlen würden. Es sei absehbar, dass wahrscheinlich um das Jahr 2026/2027 Deutschland insgesamt im Bereich Milch auf Importe angewiesen sein werde. Deswegen fordere die Fraktion der CDU/CSU in ihrem Antrag im Bereich der Investitionsförderung den Umbau der Nutztierhaltung auf Grundlage der Empfehlungen der sog. Borchert-Kommission. Die Fraktion der CDU/CSU stehe zum „Borchert-Konzept“. Die Nutztierhaltung, die in Deutschland existiere, wolle sie unterstützen. Dabei wolle sie diese hin zu mehr Tierwohl weiterentwickeln. Dazu brauche es aber staatliche Unterstützung. Weggekommen werden müsse von Investitionsbremsen, d. h. von den Auflagen, die den Betrieben immer wieder neu gemacht würden, wie z. B. aktuell mit der Novelle der EU-Industrieemissionsrichtlinie. Gebraucht werde eine technologieoffene Haltung, was insbesondere neue Züchtungstechnologien und neue Pflanzenschutzmittel angehe, um damit die landwirtschaftliche Produktion zu unterstützen. Hier werde eine neue „Denke“ gebraucht. Zudem müsse der Green Deal im Rahmen der Zeitenwende neu gedacht werden. Die Extensivierung sei nicht der Schlüssel zu einer Landwirtschaftspolitik der Zukunft, sondern Ressourceneffizienz. Die Ressourcen, die zur Verfügung stünden, müssten effizient eingesetzt werden, um ressourcenschonend in der Landwirtschaft arbeiten zu können.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, Diktum des Antrages der Fraktion der CDU/CSU sowie ihres Antrages „Vermarktung regionaler Lebensmittel stärken – Agrarexporte ausbauen“ auf Drucksache 20/206, der zuvor im Ausschuss beraten worden sei, sei es, möglichst viel zu produzieren, egal, wie hoch die externen Kosten seien. Das sei in den Augen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der falsche Weg. Wenn wissenschaftlich auf die Realität geschaut werde, werde festgestellt, dass nicht das Problem, in Kalorien oder in Nährstoffen gerechnet, bestehe, dass zu wenig produziert werde, um dieses Land bzw. die Welt zu ernähren, sondern vielmehr das Problem, dass Deutschland als auch die Welt für die dauerhafte Sicherheit der Ernährung grundlegend von funktionierenden Ökosystemen abhängig seien. Wenn weiterhin nach dem Motto „Viel hilft viel“ sowie „Koste, was es wolle“ produziert werde, dann werde damit riskiert, dass die Ökosysteme in naher Zukunft nicht mehr funktionierten. Das sei die Realität, vor der die Agrarpolitik stehe. Deswegen seien insbesondere die ökologischen Politikansätze, die z. B. im Green Deal gesehen werden könnten, u. a. was die Reduktion von Pestiziden und von Düngemitteln angehe, genau der richtige Weg. Wenn die Politik das „über den Haufen“ werfe, habe sie nicht nur mit den Ökosystemen ein Problem, sondern sie würde den gesellschaftlichen Konflikt um die Landwirtschaft, d. h. die „Absonderung“ der Gesellschaft von der Landwirtschaft bzw. die „Gegnerschaft“ von ihr mit weiten Teilen der Gesellschaft, verschärfen. Auch das wäre falsch. Wenn die Gesellschaft sich nachhaltig mit Lebensmitteln versorgen wolle, funktioniere das nur, wenn erstens die Ökosysteme funktionierten, auf denen die Landwirtschaft basiere, und zweitens die Landwirtinnen und Landwirte auch eine Stellung in der Gesellschaft hätten, die ihnen ihr Arbeiten ermögliche, so dass es ihnen auch Spaß mache und etwas dabei für sie herumkomme.

Die **Fraktion der FDP** äußerte, wenn sich der Antrag der Fraktion der CDU/CSU im Kontext ihres in derselben Sitzung des Ausschusses beratenen Antrages auf Drucksache 20/206 angeschaut werde, bitten sich die Forderungen der Fraktion der CDU/CSU komplett „in den Schwanz“. Auf der einen Seite werde von ihr gefordert, Agrexporte zu fördern, auf der anderen Seite wolle sie den Selbstversorgungsgrad erhöhen und sich unabhängiger von Importen aus dem Ausland machen. Die Fraktion der FDP sei dankbar für das Bekenntnis der Fraktion der CDU/CSU zum Freihandel, der liberale Urdoktrin sei, in ihrem zuvor im Ausschuss beratenden Antrag auf Drucksache 20/206, aber sie könne nicht wenige Minuten später in ihrem Antrag auf Drucksache 20/5215 fordern, dass Deutschland seine Grenzen dicht machen müsse, um den Selbstversorgungsgrad zu erhöhen sowie Importe aus dem Ausland zu erschweren. Wenn sich zum Freihandel bekannt werde, dann bedeute das Export genauso wie Import. Dann könnten sich nicht nur die „Rosinen herausgepickt“ und gesagt werden, dass man das eine möchte, aber, weil es vielleicht im Berufsstand besser ankomme, bei dem anderen „Nein“ sage, weil es zusätzlicher Wettbewerb wäre. Das funktioniere nicht. Wahrscheinlich seien sich alle darüber einig, dass die Politik die Standort-situation der Agrarwirtschaft in Deutschland verbessern müsse und keine zusätzlichen nationalen Alleingänge bestreiten sollte. In den letzten zwei Jahren seit Amtsantritt der Bundesregierung habe es nicht eine einzige gesetzgeberische Initiative gegeben, die durch den Deutschen Bundestag gegangen sei, die nationalstaatlich die Produktionsstandards zusätzlich erhöht hätte. Das sei ein Erfolg für die Landwirtschaft und ein Kontrastpunkt zu dem, was in den Jahren zuvor passiert sei. Kritisch hinterfragt werden müsse, was aus „Brüssel“ komme bzw. von dort gefordert werde. Pauschale Reduktionsziele beim Pflanzenschutz seien falsch, weil sie diejenigen bestrafen würden, die ohnehin schon große Anstrengungen bei der Reduktion des Pflanzenschutzes unternommen hätten. Bei der Düngung müsse zu einem flächendeckenden Messstellennetz gekommen werden, damit der EU von deutscher Seite Zahlen gemeldet würden, wo nicht „Äpfel und Birnen“ miteinander verglichen würden. Vor allem aber müssten aus Sicht der Fraktion der FDP die Produktionsbedingungen für Betriebe in Deutschland weiter verbessert werden.

Die **Fraktion der AfD** hob hervor, der Titel des Antrages der Fraktion der CDU/CSU verspreche zumindest, wenn sich explizit Deutschland angeschaut werde und das Thema EU herausgelassen werde, klassische AfD-Positionen. Die politischen Rahmenbedingungen für einen möglichst hohen Selbstversorgungsgrad hätte die Fraktion der AfD in eigenen Anträgen wiederholt gefordert. Jedes Mal hätte die Fraktion der CDU/CSU dagegen gestimmt. Das werde die Fraktion der AfD beim Antrag der Fraktion der CDU/CSU auch tun, denn es gebe maßgebliche Punkte, denen die Fraktion der AfD nicht zustimmen könne. Die Fraktion der CDU/CSU fordere in ihrem Antrag immer noch, den Green Deal neu zu denken. Das Thema „Green Deal“ sei aber mit der Fraktion der AfD nicht zu machen. Der Green Deal gehöre ersatzlos gestrichen. Solange sich die Fraktion der CDU/CSU immer noch zu „dieser“ EU bekennen würden, würde sie als Koalitionspartner für die AfD niemals in Frage kommen. Auch die Umsetzung der Empfehlungen der sog. Borchert-Kommission lehne die Fraktion der AfD entschieden ab. Die Fleischproduktion in Deutschland müsse nachfrageorientiert sein. Die Fraktion der AfD sehe spätestens in den nächsten 12 Monaten in den neuen Bundesländern, wenn die Partei der AfD bei den dort stattfindenden drei Landtagswahlen im Herbst 2024 stärkste Kraft werde, wie sich die Partei der CDU dann in der Opposition verhalten werde und ob sie nicht doch mit der Partei der AfD koalieren wolle. Was die Fraktion der CDU/CSU in ihrem Antrag bezüglich des Umgangs mit den sog. Borchert-Kommission fordere, sei nicht möglich und unabhängig davon nicht finanzierbar. Das wüsste diese auch selbst. Das Thema der neuen Züchtungsmethoden wäre schon öfters im Ausschuss beraten worden. Solange bei ihm die Gefahr der Biopatente im Raum stehe, erübrige sich aus Sicht der Fraktion der AfD zu ihm jede weitere Diskussion, da die neuen Züchtungsmethoden den Landwirten nur schaden würde. Zustimmung könne sie der grundlegenden Analyse des Antrages der Fraktion der CDU/CSU, dass die viel zu strengen EU-Auflagen, die Überregulierungen und die verpflichtende Flächenstilllegungen zu massiven Produktionseinschränkungen führten, die die Abhängigkeit Deutschlands von Lebensmitteln aus dem Ausland signifikant erhöhten. Die Lösung könne aber nicht der von der Fraktion der CDU/CSU zum wiederholten Male geforderte „Green Deal-light“, sondern konsequenterweise kein Green Deal sein. Dafür setze sich die Fraktion der AfD weiterhin entschieden ein.

Die **Fraktion DIE LINKE**. stellte fest, der Antrag der Fraktion der CDU/CSU trage das Datum 17. Januar 2023. Seitdem hätten sich einige der in ihm stehenden Punkte bereits relativiert und seien nicht mehr aktuell. Einige Forderungen des Antrages könne die Fraktion DIE LINKE. mittragen. Es sei richtig, die pauschalen Reduktionsvorgaben und Anwendungsverbote von Pflanzenschutzmitteln und mineralischen Düngemitteln abzulehnen. Die Fraktion DIE LINKE. fordere diesbezüglich zielgenaue Regelungen. Sie unterstütze grundsätzlich die Ziele der

sog. Borchert-Kommission. Die Fraktion DIE LINKE. habe zudem kürzlich dem Deutschen Bundestag ihren Antrag „Agrarbetriebe und insbesondere den Gartenbau absichern“ auf Drucksache 20/8570 vorgelegt, um das betriebliche Risikomanagement zu fördern. Sie werbe bei den anderen Fraktionen dafür, diesem Antrag zustimmen. Es gebe allerdings im Antrag der Fraktion der CDU/CSU einzelne Forderungen, die von der Fraktion DIE LINKE. abgelehnt würden. Die Deregulierung der neuen genomischen Techniken sei für sie kein Mittel, was sie unterstützen könne, gerade weil es zur Profitmaximierung beitrage, wenn Patentrechte griffen und dadurch einige wenige große Unternehmen profitierten. In ihrem Antrag unterschlage die Fraktion der CDU/CSU ferner einige Aspekte. In der Analyse ihres Antrages habe die Fraktion der CDU/CSU einiges Richtiges gesagt und Marktverwerfungen zutreffend diagnostiziert, aber dass die Ernährungssicherheit von Seiten der EU durch deren Politik bedroht werde, sehe die Fraktion DIE LINKE. nicht, sondern es müsse gesehen werden, dass der ungebremste Kapitalismus, dessen „Mehr, mehr, mehr,“ dazu beitrage, dass es zu Problemen bei der Ernährungssicherheit und dem Selbstversorgungsgrad komme. Es existiere ein Verteilungsproblem und nicht ein Mengenproblem. Die Fraktion DIE LINKE. hätte jüngst einen Antrag zur Regulierung des Milchmarktes mit dem Titel „Milcherzeugung in Deutschland retten – Marktmacht der Konzerne brechen“ auf Drucksache 20/8522 vorgelegt sowie einen weiteren Antrag mit dem Titel „Leistungen von Bienen und Imkerei honorieren – Einführung einer staatlichen Bestäubungsprämie“ auf Drucksache 20/7569 eingebracht, um den Selbstversorgungsgrad in Deutschland, in diesem Fall beim Honig, zu erhöhen. Dieser Antrag, in dem die Förderung der Imkerei vorgeschlagen worden sei, sei im Ausschuss im September 2023 leider abgelehnt worden. Es wäre somit für die anderen Fraktionen durchaus möglich gewesen, im Bereich Selbstversorgungsgrad tätig zu werden.

3. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/5215 abzulehnen.

Berlin, den 8. November 2023

Sylvia Lehmann
Berichterstatlerin

Albert Stegemann
Berichterstatler

Karl Bär
Berichterstatler

Dr. Gero Clemens Hocker
Berichterstatler

Bernd Schattner
Berichterstatler

Ina Latendorf
Berichterstatlerin

